

EU-Jugenddialog: Konsultationsphase zu “Jugendbeteiligung – aber wie?”

1. Methodologie

Im Rahmen des 8. Zyklus des EU-Jugenddialogs (Juli 2020-Dezember 2021) hat das Organisationsteam, koordiniert durch den Rat der deutschsprachigen Jugend (RDJ), eine Konsultation zum europaweit vorgegebenen Thema Youth Goal 9 „Space & Participation for all“ lanciert. Ziel war es, Meinungen von ostbelgischen Jugendlichen zum Thema Jugendbeteiligung zu sammeln.

Aufgrund der bestehenden Corona-Maßnahmen im Oktober 2020 war das Organisationsteam gezwungen, die Konsultation ausschließlich online abzuhalten. Um das Interesse an einer Online-Veranstaltung zu erhöhen - in einer Zeit, in der alles online passiert - und die politische Perspektive mit einzubeziehen, wurden virtuellen Austausch zwischen Jugendlichen und (politischen) EntscheidungsträgerInnen organisiert. Auf diese Weise wurden Meinungen von Jugendlichen gesammelt und diese gleichzeitig mit der realistischen Einschätzung von deutschsprachigen (politischen) EntscheidungsträgerInnen aus verschiedenen Ebenen verglichen. Es fanden sechs virtuelle Austausche mit jeweils einem/r EntscheidungsträgerIn statt:

- 24. November 2020: Katrin Jadin, Abgeordnete im föderalen Parlament
- 25. November 2020: Isabelle Weykmans, Ministerin für Jugend der Deutschsprachigen Gemeinschaft
- 26. November 2020: Oliver Paasch, Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft
- 27. November 2020: Karl-Heinz Lambertz, Präsident des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft
- 15. Dezember 2020: Pascal Arimont, Europaabgeordneter der Deutschsprachigen Gemeinschaft
- 16. Dezember 2020: Institut für Demokratiepädagogik (Dr. Tomke Lask & François Letocart)

Die Diskussion fand abends via Zoom für eine Stunde statt. Im Vorfeld wurde ein roter Faden für die Diskussion vorbereitet, der sich aber dem Gesprächsverlauf angepasst hat. Ein externer Moderator sorgte für einen reibungslosen Ablauf und dafür, dass die Meinungen der Jugendlichen im Mittelpunkt standen. Die insgesamt 27 Teilnehmenden schienen mit den Veranstaltungen zufrieden.

Zusätzlich wurden im Januar 2021 partizipative visuelle Methoden genutzt, um weitere Meinungen von Jugendlichen zu sammeln. Zum einen wurde einen Social-Media-Wettbewerb gestartet, bei dem Jugendliche gebeten wurden, ein Bild, ein Video oder eine Grafik mit ihren Bedürfnissen und Wünschen für eine bessere Jugendbeteiligung zu schicken. Leider haben wir nur drei Meinungen von Jugendlichen erhalten, die bereits an den virtuellen Austauschen teilgenommen haben. Zum anderen wurde über das Umfragen-Tool in Instagram-Stories nach Meinungen zu verschiedenen Themen gefragt. 113 Jugendliche nahmen an diesen Umfragen teil.

2. Ergebnisse

Alle teilnehmenden Jugendlichen der Online-Austausche waren sich einig, dass sie mehr politisches Bewusstsein und Hintergrundinformationen benötigen, um einen Einfluss auf politische

Entscheidungsprozesse nehmen zu können. Einerseits erhalten Jugendliche nicht genug Informationen über Politik. Auf der anderen Seite finden sie, dass sich die PolitikerInnen nicht für ihre Meinung interessieren. Um die vorhandene Hemmschwelle aufzuheben, brauchen wir also zwei Voraussetzungen für eine qualitativ hochwertige Jugendbeteiligung an politischen Entscheidungsprozessen:

- Angemessene politische Bildung bei Jugendlichen
- Austausch auf Augenhöhe zwischen Jugendlichen und Entscheidungsträgern

Wenn Jugendliche politische Prozesse besser verstehen und sehen, dass die Politik tatsächlich an ihnen und auch an ihrer Meinung interessiert sind, dann würden, so glauben die Teilnehmenden, sich auch mehr junge Menschen für Politik interessieren. Deshalb müssen diese Voraussetzungen in Ostbelgien für eine bessere Jugendbeteiligung geschaffen werden.

1. Politische Bildung im Unterricht

Da in Belgien Wahlpflicht besteht, beginnen Jugendliche oftmals erst mit dem ersten Wahlgang, sich mit Politik zu beschäftigen. Spätestens zu diesem Zeitpunkt empfinden alle TeilnehmerInnen ihre Grundkenntnisse über die Parteienlandschaft, den belgischen Staatsaufbau oder die politischen Entscheidungsprozesse als nicht ausreichend. Vor diesem Hintergrund wünschen sie sich eine bessere politische Bildung in der Schule. Diese findet derzeit fächerübergreifend in den Bildungseinrichtungen Ostbelgiens statt. Dieses System bewirkt, dass die politische Bildung lehrer- und schulabhängig ist: Ist das Schulpersonal an politischer Bildung interessiert, wird das Thema im Unterricht intensiviert. Deshalb wünschen sich die Jugendlichen (und bei 56 Stimmen auch 96% der Instagram-Umfrageteilnehmende) ein eigenständiges Schulfach im formalen Bildungssystem, in dem Politik konkret und interessant vermittelt wird, so dass es für jeden Jugendlichen greifbarer und verständlicher wird.

Ein solches Fach sollte themenspezifische Informationen enthalten (politische Parteien, Wahlsystem, Steuern, Arbeitsrecht, Mietvertrag usw.) und kritisches Denken fördern. Dazu braucht es Schulpersonal mit dem nötigen Fachwissen, um Jugendliche in ihrer aktiven Teilnahme an der Gesellschaft unterstützen zu können. Darüber hinaus könnten ergänzende Angebote und Methoden den Unterricht interaktiv gestalten (z.B. bereits bestehende Workshops verschiedener lokaler Einrichtungen, Besuche in politischen Einrichtungen, Besuche von politischen EntscheidungsträgerInnen).

Dabei sollte es ein einheitliches System zwischen Grund-, Sekundar- und berufsbildenden Schulen geben, um zu gewährleisten, dass alle jungen Ostbelgier und Ostbelgierinnen den gleichen Wissensstand haben. Nur so kann garantiert werden, dass jeder junge Mensch die gleiche Möglichkeit erhält, sich beteiligen zu können und so ein aktiver Bürger zu werden.

Auch wenn die politische Seite die Idee eines eigenständigen Faches nicht grundsätzlich ablehnt, wirft sie weitere Fragen auf: Wird das Fach zusätzlich zu bestehenden Fächern existieren oder wird es ein bestehendes Fach ersetzen? Ist es ein Pflichtfach? Wer wird es unterrichten? Es ist schwierig, solche Entscheidungen zu treffen, die auch finanzielle Herausforderungen mit sich bringen. Diese offenen Fragen sollten die EntscheidungsträgerInnen jedoch nicht davon abhalten, auf den dringenden Bedarf eines solchen Themas nicht einzugehen.

2. Austausch zwischen Jugend & Politik

Jugendliche wünschen sich einen direkten Austausch auf Augenhöhe mit den EntscheidungsträgerInnen, um zu verstehen, dass die EntscheidungsträgerInnen "normale" Menschen sind. Die Befragten wünschen sich mehr Besuche von PolitikerInnen verschiedener Regierungsebenen und politischer Parteien in Schulen und mehr Schulbesuche in politischen Einrichtungen. Bei diesen Besuchen steht es außer Frage, dass sich die EntscheidungsträgerInnen in einfacher Sprache ausdrücken sollen.

Außerdem wollen Jugendliche jugendgerechte Informationen von den relevanten EntscheidungsträgerInnen selbst erhalten, d.h. regelmäßige Diskussionen in einfacher Sprache und auf gleicher Augenhöhe in formalen und nicht-formalen Einrichtungen. Virtuelle Austausche sind beliebt, besonders aktuell angesichts der COVID-19-Pandemie, sie sind jedoch kein Ersatz für physische Gespräche.

3. Informationen über Beteiligungsmöglichkeiten

Viele TeilnehmerInnen der virtuellen Austausche sind bereits (politisch) engagiert. Wenn sie es nicht sind, liegt es vor allem an fehlenden Informationen. Daher bietet die Digitalisierung eine Chance: Informationen im Internet sind zu jeder Zeit und von jedem Ort aus verfügbar. Allerdings muss zunächst sichergestellt werden, dass jeder Jugendliche Zugang zu einem Hochgeschwindigkeits-breitbandanschluss und zu Endgeräten hat (entweder in seinem Haushalt oder in einem offenen Raum wie einem Jugendtreff). In Ostbelgien wird dieses Thema auf politischer Ebene aktuell in Angriff genommen. Zudem sollten Jugendliche wissen, wo sie politische Informationen, digitale Beteiligungsmöglichkeiten und virtuelle Räume und Tools finden.

In diesem Zusammenhang sind die Jugendlichen der Meinung, dass die Politik dort präsent sein sollte, wo die Jugendlichen sind, also in sozialen Netzwerken wie YouTube oder Instagram. Auf diese Weise müssen sie keinen weiteren Schritt zu einer anderen Plattform machen. Die befragten Jugendlichen sind der Meinung, dass die Politik daran noch arbeiten muss. Die EntscheidungsträgerInnen, politische Institutionen und Verwaltungen müssen Strukturen und Kanäle schaffen, um junge Menschen zu erreichen - natürlich in einfacher Sprache. Für Jugendliche ist es dennoch nachvollziehbar, dass es schwierig ist, komplexe Themen in einfacher Sprache zu erklären und sie gleichzeitig Social-Media-tauglich zu machen. Trotzdem wollen sie, dass die PolitikerInnen in den sozialen Medien präsent sind.

Wenn Jugendliche über soziale Medien Informationen von PolitikerInnen erhalten, birgt dies die Gefahr, dass Jugendliche nur einseitige Informationen erhalten. Deshalb müssen auch die öffentlichen Medien ihren Teil dazu beitragen und die notwendigen Informationen über Social-Media-Kanäle verbreiten. Da die Jugendlichen ohnehin dort sind, wäre es für sie am einfachsten, wenn die Informationen auch dort verfügbar wären.

Außerdem kam die Idee auf, dass der Jugendrat politische Entscheidungen in einer jugendgerechten Sprache kommunizieren könnte: Der Jugendrat könnte einen Informationskanal über politische Entscheidungen in Ostbelgien schaffen. Aus Sicht des Jugendrates ist dies eine interessante Idee, die aber die Kompetenzen des Jugendrates übersteigt. Vielleicht wäre eine andere oder eine neue Einrichtung für einen solchen Informationskanal besser geeignet.

4. Beteiligungsmöglichkeiten

Wenn es um konkrete Beteiligung geht, wollen die Jugendlichen nicht pseudo-involviert sein, sondern sie möchten, dass ihre Meinung ernst genommen wird.

Es wurde über die Idee eines Jugendparlaments in der Deutschsprachigen Gemeinschaft diskutiert, in dem eine bestimmte Anzahl von Jugendlichen für einen begrenzten Zeitraum gemeinsam ein Thema aus ihrer Sicht bearbeiten. Sie würden dann ihre Empfehlungen den politischen EntscheidungsträgerInnen präsentieren. Nach etwa einem Jahr würde dann ausgewertet werden, ob diese Empfehlungen der Jugendlichen umgesetzt wurden und warum oder warum nicht. Einerseits könnten die Jugendlichen mit einem solchen Projekt lernen, wie ein Parlament in der Realität funktioniert (Stichwort politische Bildung). Zum anderen können sie auf diese Weise zu einem bestimmten Thema Empfehlungen für die Politik erarbeiten und diese an die Abgeordneten der Deutschsprachigen Gemeinschaft weitergeben. Dieses strukturelle Angebot könnte eine Ergänzung zum Jugendrat sein. Das genaue Konzept eines Jugendparlaments in Ostbelgien bedarf weiteren Überlegungen.

Letztendlich ist der Jugendrat in Ostbelgien eine gute Möglichkeit für Jugendliche, sich politisch zu engagieren. Allerdings wünschen sich die Jugendlichen eine bessere Sichtbarkeit des Jugendrats. Sie würden gerne mehr Informationen darüber bekommen, was intern passiert und welche Diskussionen im Jugendrat stattfinden. Darüber hinaus wünschen sie sich auch, dass die EntscheidungsträgerInnen die Meinung des Jugendrats besser berücksichtigen und den Jugendrat häufiger nach seiner Meinung zu verschiedenen Themen fragen.

Außerdem wollen Jugendliche nicht nur Informationen über soziale Medien erhalten, sondern sie sehen soziale Netzwerke auch als einen virtuellen Ort für Diskussionen. EntscheidungsträgerInnen sollten soziale Medien daher nicht nur als reines Kommunikationsinstrument ansehen, sondern auch als ein Beteiligungsinstrument nutzen (über Stories, Umfragen, Nachrichten, Fragen etc.). Jugendliche wollen, dass ihre Meinung berücksichtigt wird und sie wollen sehen, was mit ihrer Meinung passiert. Letztendlich ist es wichtig zu betonen, dass soziale Medien für Jugendliche eine ergänzende Option bleiben und physische Formen der Beteiligung nicht ersetzen können.

5. Junge Menschen mit politischer Verantwortung

In unseren Dialogveranstaltungen haben wir über den Vorschlag der belgischen Föderalregierung diskutiert, das Wahlrecht ab 16 Jahren für die EU-Wahlen 2024 einzuführen. Generell waren die befragten Jugendlichen für das Wahlrecht ab 16 Jahren - aber nur, wenn jeder Jugendliche vor seiner ersten Wahl ein politisches Grundwissen erhält. Sie denken, dass ein früheres Wahlrecht der jungen Generation die Möglichkeit geben würde, VertreterInnen zu wählen, die Entscheidungen für ihre Zukunft treffen, noch bevor sie die Volljährigkeit erreicht haben. Was den speziellen Vorschlag des belgischen Staates betrifft, verstehen sie nicht, warum sie nur das Wahlrecht für die EU-Wahlen bekommen würden. Die Kommunalpolitik ist zum Beispiel viel näher an den Jugendlichen dran. Es wäre für Jugendliche vielleicht einfacher, ein Wahlrecht mit 16 Jahren auf der nächstgelegenen Regierungsebene zu beginnen, als auf der, die weit weg von ihrem Alltag ist.

Natürlich sind sich die Jugendlichen bewusst, dass es eine gewisse Erfahrung braucht, um politische Verantwortungen übernehmen zu können. Dennoch sind die befragten Jugendlichen der Meinung, dass sich mehr junge Menschen in der Lage fühlen würden, politische Verantwortung zu übernehmen, wenn sie ein Grundwissen über die Politik hätten. In der Tat würden sie gerne mehr junge Menschen

in gewählten Gremien oder Entscheidungsorganen auf verschiedenen Regierungsebenen sehen. Insbesondere das Europäische Parlament sollte mehr junge VertreterInnen einbeziehen, da es derzeit sehr alteingesessen erscheint.

Junge Menschen fordern zusätzlich mehr Lobbyarbeit für ihre Generation. Während die Wirtschaftslobby für PolitikerInnen vor allem auf EU-Ebene allgegenwärtig ist, hat die Lobby für junge Menschen nicht den gleichen Stellenwert. Die Teilnehmenden diskutierten auch über ein beratendes Mandat für den Jugendrat im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Zumindest sind die Jugendlichen der Meinung, dass das Parlament den Jugendrat öfters nach der Meinung der Jugendlichen fragen sollte und diese Meinung für die politische Arbeit nutzen sollte. Es wäre eine gute Idee, dies strukturell umzusetzen, um zu gewährleisten, dass die politische Seite öfters auf die Stimme der Jugendlichen hört.

3. Informationen zu den Teilnehmern und Teilnehmerinnen

Geschlecht	Anzahl Männer	13
	Anzahl Frauen	14
	Anzahl anderer Geschlechter	0
	Anzahl der Nichtangaben / Nicht bekannt / Nicht gefragt	116
Alter	Anzahl der unter 16 Jährigen	0
	Anzahl der 16-18 Jährigen	2
	Anzahl der 19-25 Jährigen	20
	Anzahl der 26-30 Jährigen	5
	Anzahl der Nichtangaben / Nicht bekannt / Nicht gefragt	116
Anzahl der jungen Menschen mit Beeinträchtigung (körperliche oder geistige Beeinträchtigung)	Anzahl, die sich als nicht beeinträchtigt identifizieren	8
	Anzahl, die sich als beeinträchtigt identifizieren	1
	Anzahl der Nichtangaben / Nicht bekannt / Nicht gefragt	134

Ethnizität	Anzahl der Jugendlichen aus der ethnischen Mehrheitsgruppe	7
	Anzahl der Jugendlichen mit ethnischem Minderheitshintergrund	2
	Anzahl der Nichtangaben/ Nicht bekannt	134
Religion	Anzahl der Jugendlichen aus der religiösen Mehrheitsgruppe	9
	Anzahl der Jugendlichen mit religiösem Minderheitshintergrund	0
	Anzahl der Nichtangaben/ Nicht bekannt	134
Sexualität	Anzahl, die sich als heterosexuell identifizieren	8
	Anzahl, die sich als homosexuell, bisexuell oder mit einer anderen Sexualität identifizieren	0
	Anzahl der Nichtangaben / Nicht bekannt / Nicht gefragt	135
Ländliche Gebiete	Anzahl der Jugendlichen, die in ländlichen Gebieten leben	4
	Anzahl der Jugendlichen, die in Städten oder Kleinstädten leben	5
	Anzahl der Jugendlichen, die in Großstädten leben (mehr als 250.000 Einwohner)	0
	Anzahl der Nichtangaben / Nicht bekannt / Nicht gefragt	134
Beschäftigung/ Bildung	Anzahl der Jugendlichen, die arbeiten	6
	Anzahl der Jugendlichen, die sich in der Ausbildung befinden	3

	Anzahl der Jugendlichen, die nicht arbeiten, sich nicht in der Ausbildung befinden und kein Praktikum machen	0
	Anzahl der Nichtangaben / Nicht bekannt / Nicht gefragt	134